

# Infratest dimap





Januar 2004

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
von ARD / bericht aus berlin und 7 Tageszeitungen

## **DeutschlandTREND Januar 2004**

### **Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag von ARD / "bericht aus berlin" und 7 Tageszeitungen**

#### **Untersuchungsanlage**

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.200 Befragte (840 West, 360 Ost)	
Erhebungszeitraum:	05. – 07. Januar 2004	
Fehlertoleranz:	1,2* bis 2,8** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

### DeutschlandTREND Januar 2004

Die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland lösen bei drei Viertel der Bevölkerung (74 Prozent) Beunruhigung aus. Zwei Drittel befürchten ein Absinken ihres Lebensstandards (64 Prozent), nur ein Viertel der Berufstätigen rechnet mit einer positiven beruflichen Entwicklung (25 Prozent). Die EU-Erweiterung produziert mehr Sorgen als Hoffnungen (57:24 Prozent).

Vier Monate vor der Neuwahl des Bundespräsidenten ist die Kandidatendiskussion voll entbrannt. Von fünf abgefragten Politiker bringen Wolfgang Schäuble (32 Prozent) und Rita Süssmuth (30 Prozent) aus Sicht der Bürger die besten Voraussetzungen für das höchste Staatsamt mit. Die anderen Kandidaten Klaus Töpfer (9 Prozent), Wolfgang Gerhardt und Erwin Teufel (5 Prozent) haben deutlich weniger Rückhalt bei den Bürgern.

Beim Streit um die dem Umgang mit religiösen Symbolen in den Schulen plädieren etwa gleich viele für eine Zulassung (28 Prozent) wie für ein generelles Verbot (30 Prozent) christlicher und muslimischer Symbole. Ein gutes Drittel der Deutschen (36 Prozent) votiert für eine Bevorzugung von Kreuzifix und Mönchskutte gegenüber dem muslimischen Kopftuch.

In der Frage eines EU-Beitritts der Türkei hat sich die Union gerade gegen deren Vollmitgliedschaft ausgesprochen. Damit könnte dies zu einem umstrittenen Thema im anstehenden Europawahlkampf werden. Die Deutschen sprechen sich mehrheitlich (58 Prozent) für eine mittel- bis langfristige Aufnahme der Türkei aus. Ein Drittel (35 Prozent) stimmt aus prinzipiellen Gründen dagegen.

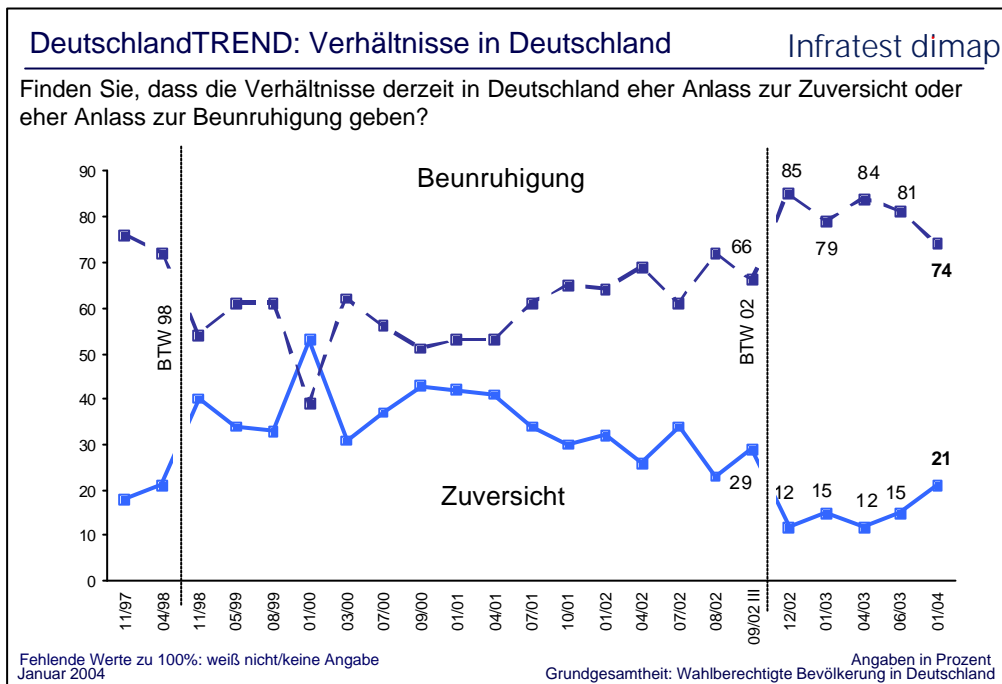
Seit der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers versucht sich die CSU innerhalb der Union noch stärker als eigenständige politische Kraft zu positionieren. Die Auseinandersetzung um das richtige Steuerkonzept ist das jüngste Beispiel dafür. Dies führt dazu, dass drei Fünftel der Deutschen der Meinung sind, die CSU habe in der Union mindestens den gleichen Einfluss die die große Schwesterpartei. Ein Fünftel (21 Prozent) nimmt die Bayern im Vergleich zur CDU sogar als dominanter wahr. Demgegenüber glaubt knapp ein Drittel (30 Prozent), dass die Christdemokraten mit Angela Merkel mehr zu sagen haben.

In der politischen Stimmung rutscht die CDU/CSU wieder unter die 50-Prozentmarke: die Union würde derzeit 48 Prozent der Stimmen erreichen, ein Minus von 3 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die SPD käme unverändert auf 26 Prozent. Gleiches gilt für die Grünen mit 10 Prozent. Die FDP kann sich verbessern und käme nun auf 7 Prozent (+1). Auch die PDS legt zu (+2) und erreichte derzeit einen Wähleranteil von 5 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Januar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD/bericht aus Berlin und von sieben Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 5. bis 7. Januar 1.200 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,2 bis 2,8 Prozentpunkten.

## Große Mehrheit sieht keinen Grund für Optimismus

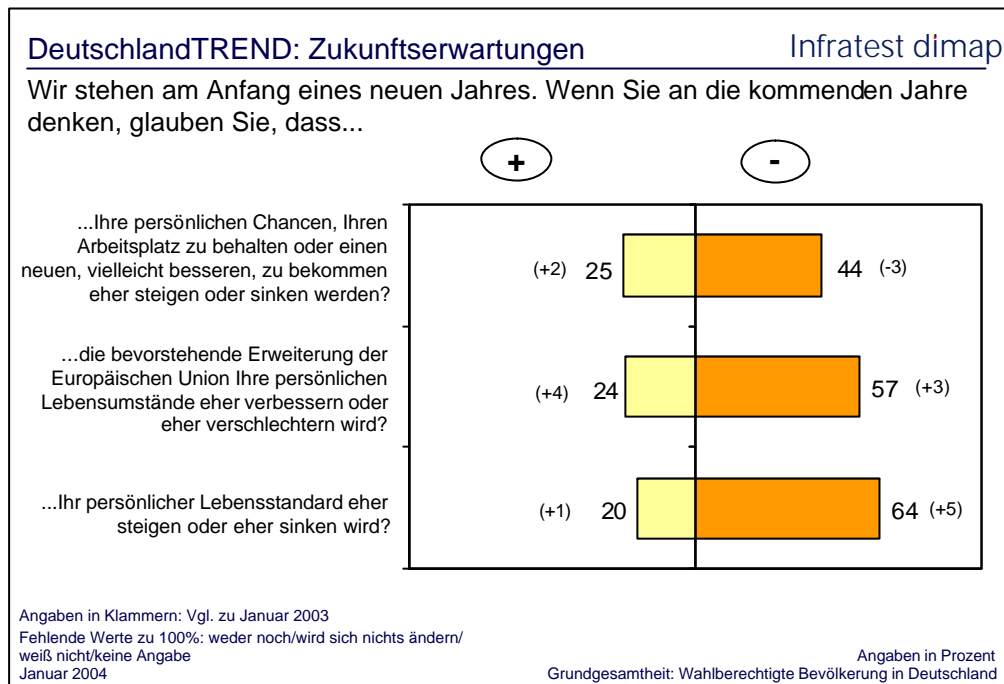
Der Blick auf die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland löst bei der großen Mehrheit von drei Viertel der Bevölkerung (74 Prozent) eher Beunruhigung denn Zuversicht aus. Lediglich jeder fünfte Bundesbürger (21 Prozent) glaubt, es bestehe kein Anlass zu besonderer Besorgnis.



Im Vergleich zum Juni letzten Jahres hat sich die Grundstimmung in Deutschland nur wenig verbessert. Seinerzeit bekundeten 15 Prozent, sie würden die Lage zuversichtlich betrachten, während 81 Prozent den Gang der Dinge mit Skepsis verfolgt haben.

## Infratest dimap

Der für 2004 vorhergesagte leichte Wirtschaftsaufschwung hat (noch) nicht zu einer Verbesserung der Stimmungslage in der Bevölkerung geführt. Zwei Drittel der Bürger befürchten ein Absinken ihres Lebensstandards (64 Prozent). Lediglich ein Fünftel geht von einer Verbesserung der materiellen Lebenssituation aus (20 Prozent). 44 Prozent der Berufstätigen glauben, dass ihre Chancen auf einen besseren Arbeitsplatz in der Zukunft eher sinken als steigen werden, nur ein Viertel rechnet mit einer positiven beruflichen Entwicklung (25 Prozent).

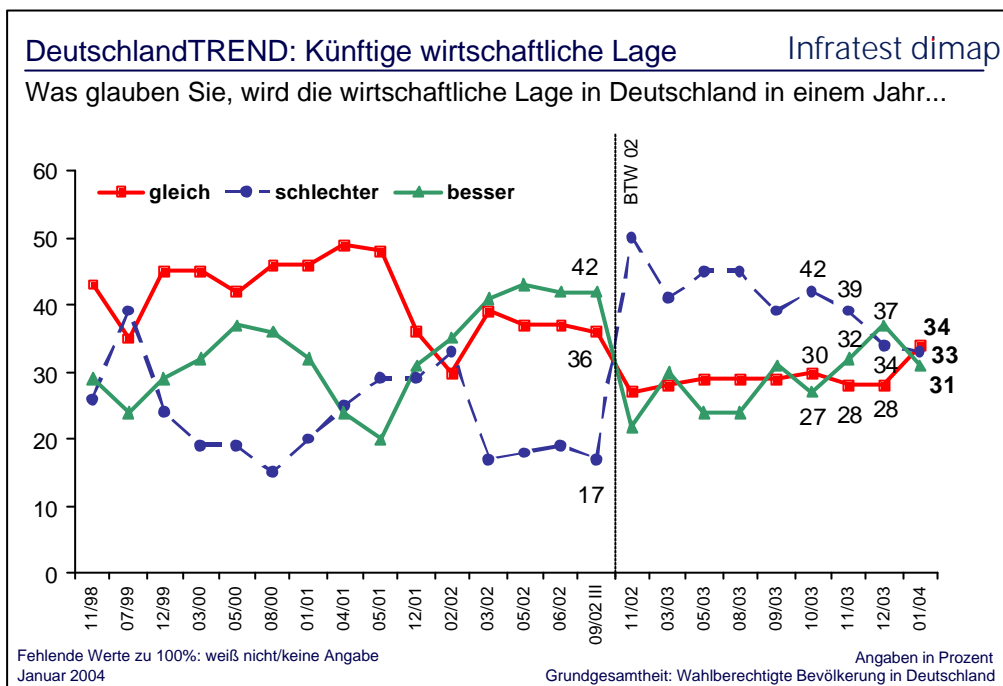


Auch die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union wird sich nach Ansicht der Mehrheit (57 Prozent) negativ auf die eigenen Lebensumstände auswirken. Nur ein Viertel (24 Prozent) erhofft sich durch die Aufnahme der zehn neuen Mitglieder Vorteile.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die positiven Erwartungen zwar geringfügig erhöht, von einer Aufbruchstimmung in der Bevölkerung kann aber zum jetzigen Zeitpunkt keine Rede sein.

**Wirtschaftliche Entwicklung wieder etwas pessimistischer bewertet**

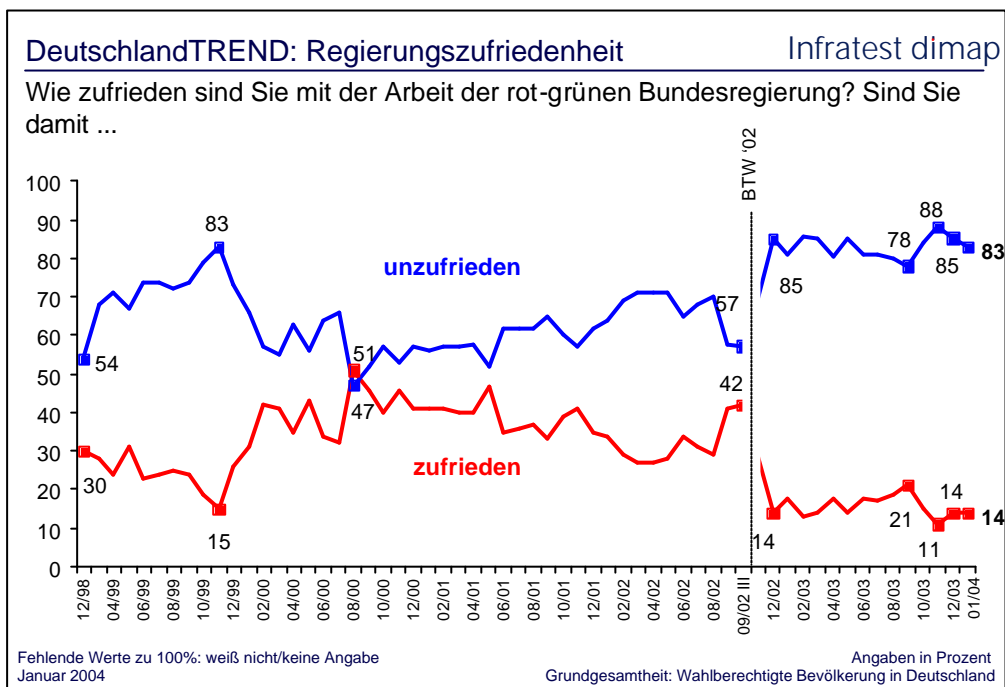
Eine zentrale Ursache für den weit verbreiteten Pessimismus ist offenkundig in der Bewertung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes zu finden. Zu Beginn des neuen Jahres bringen 31 Prozent die Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die ökonomischen Verhältnisse binnen zwölf Monaten erfreulicher darstellen werden als derzeit. Eine leicht höhere Zahl, 34 Prozent, geht hingegen eher von einer stagnierenden Entwicklung aus, und praktisch ebenso viele (33 Prozent) befürchten für die bevorstehenden Monate eine konjunkturelle Talfahrt.



Noch vor vier Wochen, Anfang Dezember letzten Jahres, war der Optimismus unter den Bundesbürgern mit 37 Prozent positiven Prognosen etwas stärker ausgeprägt als jetzt. Gewachsen ist indes nicht die ausgesprochen skeptische Einschätzung, sondern die Befürchtung, dass die momentane Situation weiter fortbesteht.

## Unverändert harsche Kritik an der Bundesregierung

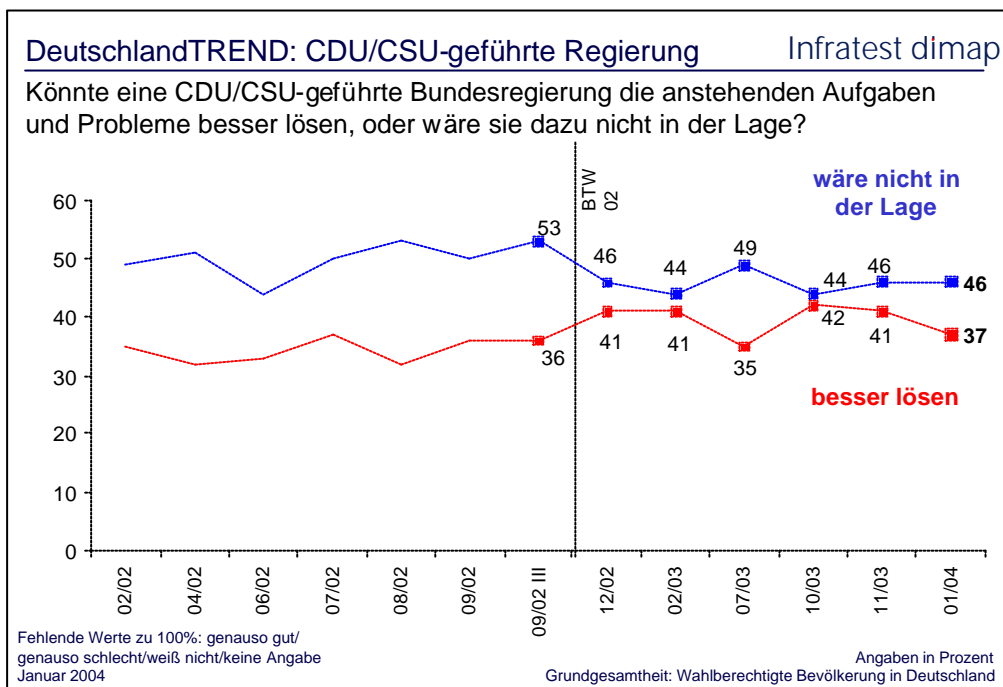
Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, dass die Bundesregierung aus ihrem lang anhaltenden Stimmungstief nicht herauskommt. Wie schon im Dezember erklären lediglich 14 Prozent ihr Einverständnis mit der Politik des Berliner Kabinetts. Nach Meinung von 83 Prozent (-2) überwiegen die kritikwürdigen Seiten an den Leistungen der Regierung, die von unverändert 35 Prozent als völlig unzulänglich kritisiert werden.



Die Ende letzten Jahres im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromisse zur Durchsetzung einer Reihe von Reformmaßnahmen sind der Regierung Schröder zumindest bislang nicht zu Gute gekommen. Selbst in der Anhängerschaft der SPD überwiegt nach wie vor die Unzufriedenheit mit dem Kurs des Bundeskabinetts, wengleich hier die lobenden Urteile gegenüber dem Vormonat etwas häufiger (+6) zu hören sind. In den Lagern der anderen Parteien, auch beim Koalitionspartner, sind keine nennenswerten Meinungsänderungen zu registrieren.

**Kompetenz der CDU/CSU-Opposition überwiegend skeptisch beurteilt**

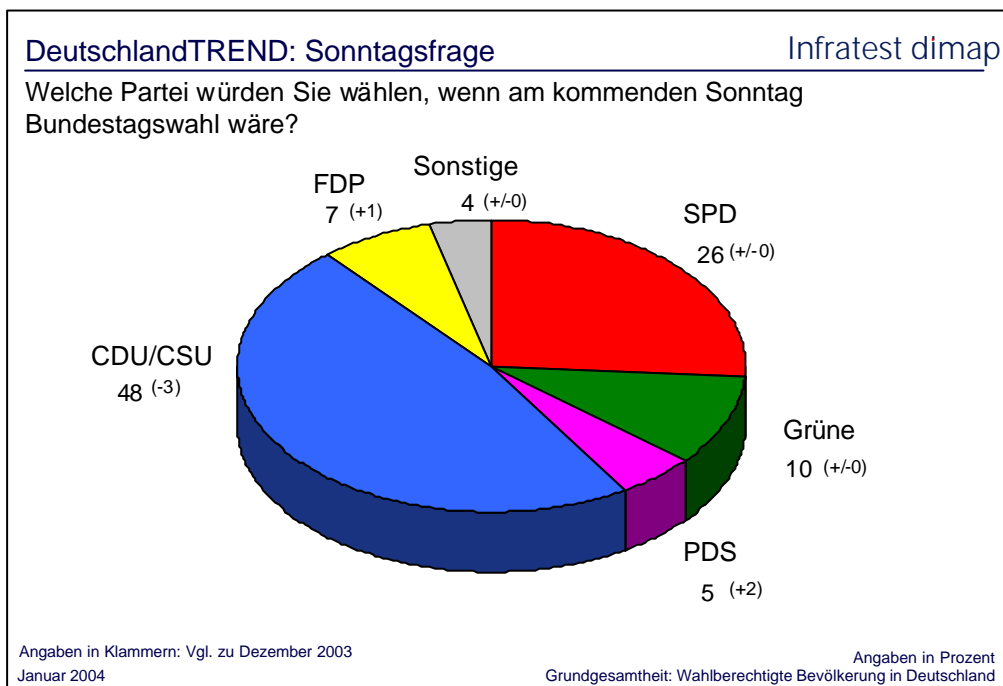
Aus den gemeinsamen Lösungen in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik hat auch die CDU/CSU-Opposition keinen Nutzen ziehen können. Die Mehrzahl von 46 Prozent der Bundesbürger glaubt nicht, dass die Union in der Lage wäre, die anstehenden Aufgaben zufrieden stellender zu lösen als das amtierende Kabinett, während 37 Prozent in einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung die bessere Alternative sehen.



Im Vergleich zum Dezember hat das Vertrauen in die Kompetenz der Opposition etwas, um 4 Punkte nachgelassen, ohne allerdings die Zahl der ausdrücklichen Skeptiker zu stärken.

**Sonntagsfrage: Union wieder unter der 50-Prozent-Marke**

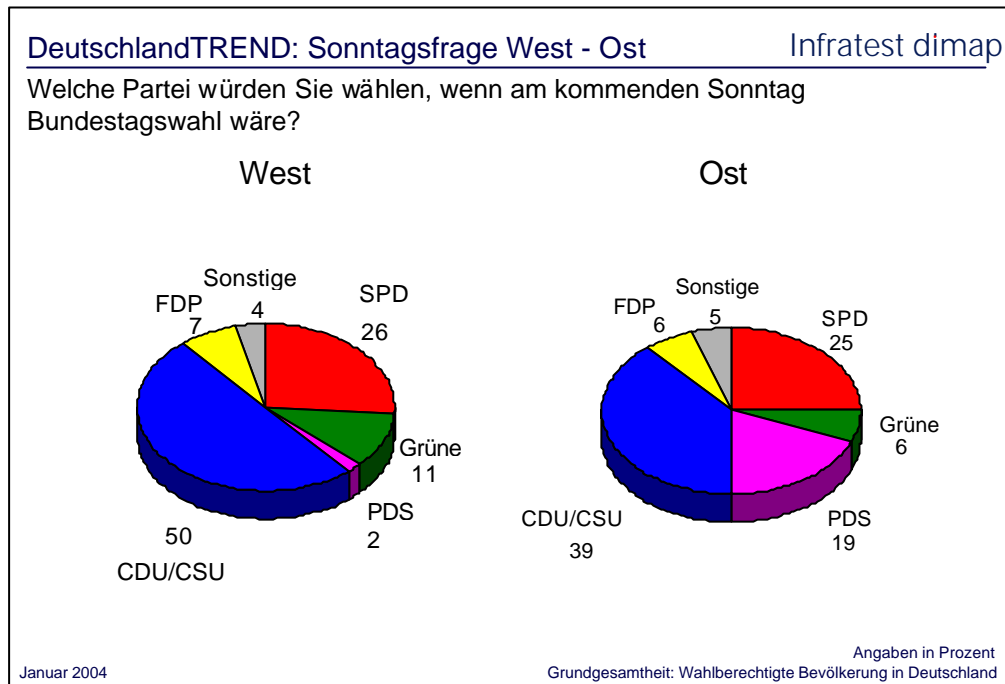
Käme es am kommenden Sonntag zu Neuwahlen für den Bundestag, dann würde die CDU/CSU mit einem Stimmenanteil von 48 Prozent als Siegerin aus der Abstimmung hervorgehen, mit einem deutlichen Abstand zu den zweit-plazierten Sozialdemokraten, die auf 26 Prozent kämen. Die Grünen könnten mit einem Anteil von 10 Prozent rechnen. Für die FDP würden sich 7 Prozent der Wähler entscheiden. Die PDS hätte mit 5 Prozent der Stimmen eine Chance, wieder in den Bundestag einziehen zu können. Auf alle übrigen Parteien entfielen zusammen 4 Prozent.



Der Wählerrückhalt für die Union hat damit in den zurückliegenden Wochen um 3 Punkte nachgelassen, während die SPD ihren Stimmenanteil halten konnte. Dies gilt auch für die Grünen. Die FDP legt 1 Punkt zu, die PDS konnte ihr Ergebnis im Vergleich zum Dezember um 2 Punkte verbessern.

## Infratest dimap

In den alten Bundesländern liegt die Union mit 50 Prozent weit vor der SPD, die auf 26 Prozent käme. Der Vorsprung hat sich indes durch einen Gewinn bei der Regierungspartei von 1 Punkt und einem Verlust der Opposition von 2 Punkten leicht verringert. Auf die Grünen entfielen hier unverändert 11 und auf die FDP wie im Dezember 7 Prozent der Stimmen. Die PDS wird nun bei 2 Prozent notiert, gegenüber 1 Prozent im Vormonat.

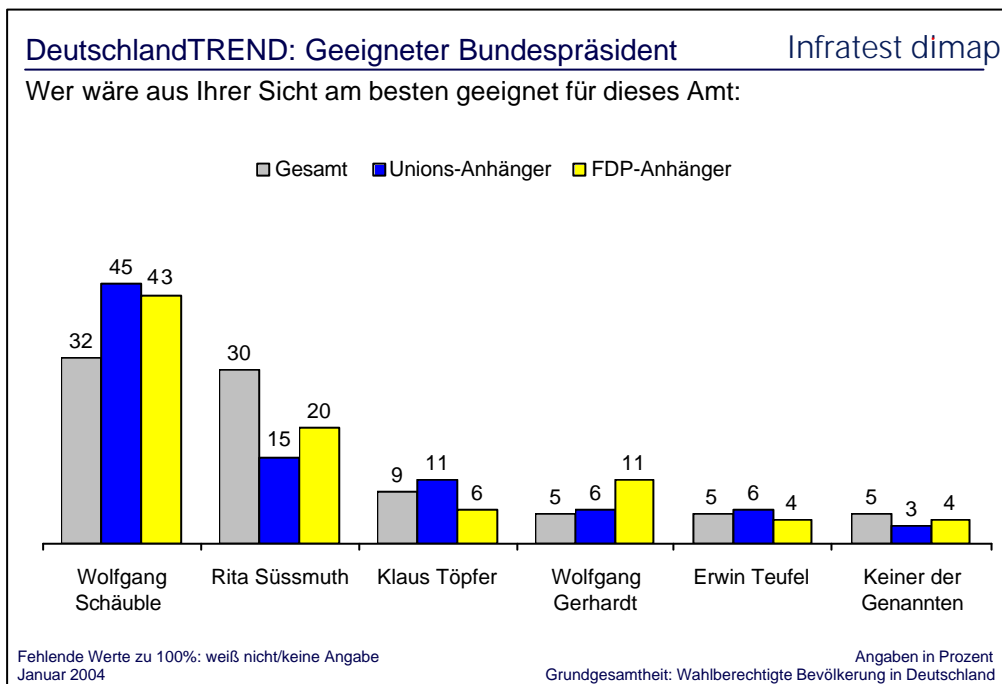


Deutlichere Verschiebungen in der Wählergunst sind in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Die CDU sackt um 5 Punkte auf jetzt 39 Prozent ab. Sie liegt damit aber auch im Osten weiter vor der SPD, die 25 Prozent erzielen könnte, 1 Punkt weniger als zuletzt. Davon profitiert in erste Linie die PDS, die um 4 Punkte auf jetzt 19 Prozent zulegen konnte. Die Grünen könnten mit unverändert 6 Prozent rechnen, ebenso die Liberalen, die sich um 1 Punkt verbessert haben.

Die vorgestellten Ergebnisse spiegeln die aktuelle politische Stimmung wider. Rückschlüsse auf das tatsächliche Wahlverhalten sind nur begrenzt möglich, zumal der Anteil der unentschlossenen bzw. zur Wahlenthaltung neigenden Wähler derzeit mit rund einem Drittel weiterhin ungewöhnlich hoch ist. Die Unsicherheit ist insbesondere bei ehemaligen SPD-Wählern stark ausgeprägt. Die Wähler entscheiden sich zudem erst kurz vor dem tatsächlichen Urnengang, welcher Partei sie die Stimme(n) geben. Dabei spielen neben längerfristigen Überzeugungen und taktischen Überlegungen auch die Wahrnehmungen von aktuellen politischen Ereignissen eine erhebliche Rolle, wie sich bei der letzten Bundestagswahl eindrücklich zeigte

## Bundespräsidenten-Wahl: Schäuble und Süssmuth am besten geeignet

Vier Monate vor der Bundespräsidenten-Wahl ist eine Kandidatendiskussion entbrannt. Da die bürgerlichen Parteien Union und FDP in der Bundesversammlung die Mehrheit der Sitze haben, sind sie aufgefordert, einen Personalvorschlag für die Wahl des Bundespräsidenten zu machen. Von den fünf abgefragten Politikern bringen der ehemalige CDU-Chef Wolfgang Schäuble (32 Prozent) und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (30 Prozent) aus Sicht der Bürger die besten Voraussetzungen für diese Aufgabe mit. Die anderen Politiker finden deutlich weniger Rückhalt in der Bevölkerung: Für den ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer votieren 9 Prozent. Den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Gerhardt und den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel halten lediglich jeweils 5 Prozent für am besten geeignet.

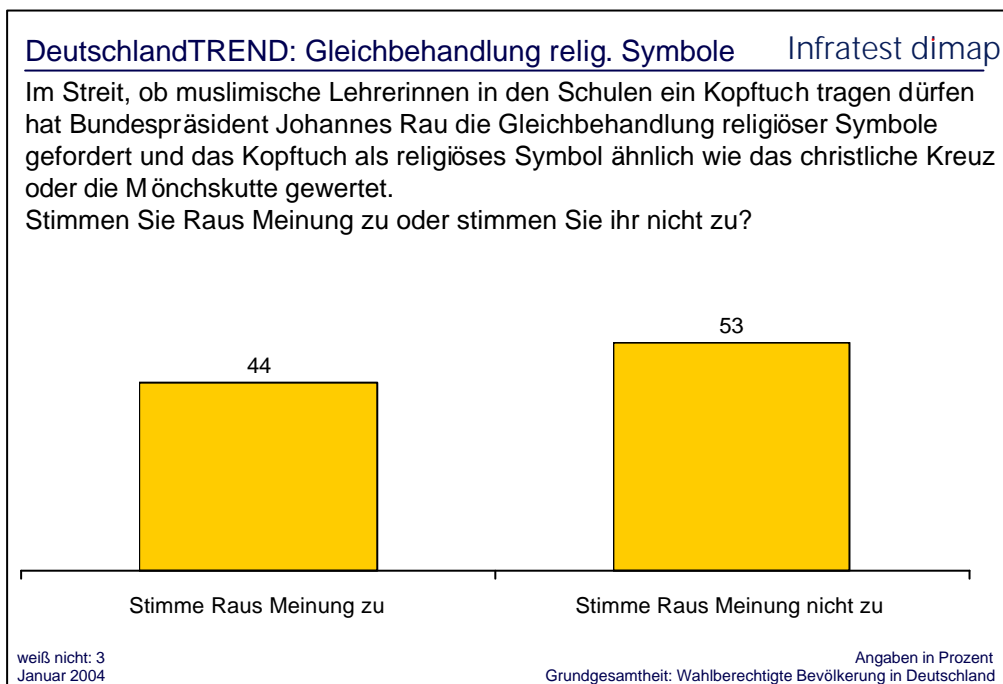


Innerhalb der Unions-Anhängerschaft liegt Schäuble (45 Prozent) mit deutlichem Abstand vor seinen Konkurrenten. Er ist auch aus Sicht der FDP-Anhänger der beste Kandidat (43 Prozent). Der liberale Fraktionschef wird nur von jedem Zehnten seiner eigenen Parteianhänger (11 Prozent) favorisiert und landet dort nur auf Platz 3.

In den Reihen der Regierungsparteien findet Rita Süssmuth den meisten Zuspruch. Dies gilt sowohl für die SPD- (49 Prozent) als auch die Grünen-Anhänger (41 Prozent). Der Leiter des UN-Umweltprogramms Klaus Töpfer hat bei den Anhängern der Grünen überdurchschnittlich großen Rückhalt (15 Prozent).

## Kopftuchstreit: 44 Prozent folgen Raus Position

Bundespräsident Johannes Rau hat mit seiner Forderung nach Gleichbehandlung religiöser Symbole den "Kopftuchstreit" wieder angefacht. Nach Raus Meinung sind Mönchskutte und Kruzifix an öffentlichen Schulen nur schwer zu verteidigen, wenn das Kopftuch als religiöses Symbol verboten wird. In der Bevölkerung stößt Rau auf ein geteiltes Echo: 44 Prozent stimmen seiner Auffassung zu, eine knappe Mehrheit (53 Prozent) lehnt jedoch die von ihm geforderte Gleichbehandlung christlicher Symbole und des muslimischen Kopftuchs ab.

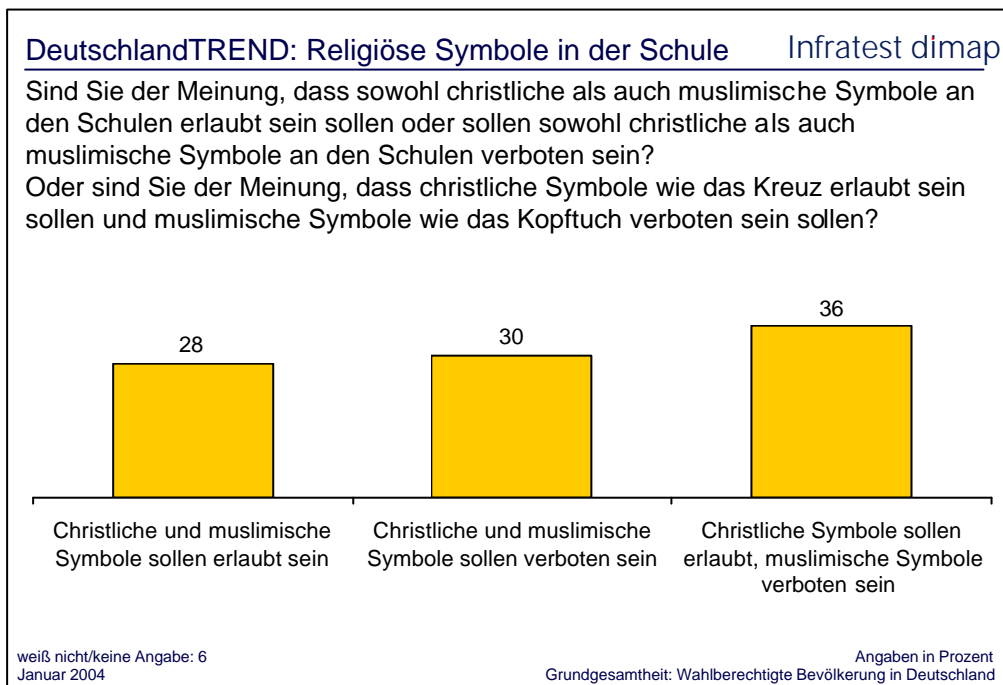


Die Anhänger der politischen Lager sind bei diesem Thema unterschiedlicher Meinung: Während die Anhänger der Regierungsparteien und der PDS Raus Ansicht mit knapper Mehrheit folgen, ist in den Reihen der bürgerlichen Parteien Union und FDP die Ablehnung vorherrschend.

Jüngere Wahlberechtigte unter 35 Jahren stimmen Raus Forderung häufiger zu als die mittleren und älteren Jahrgänge. Bei einer knappen Mehrheit der viel weniger konfessionell gebundenen Ostdeutschen findet der Bundespräsident Zustimmung (50:46 Prozent), während die Gleichbehandlung von Kreuz und Kopftuch in den stärker christlich geprägten westlichen Bundesländern abgelehnt wird (42:54 Prozent).

## Mehrheit für gleiche Behandlung religiöser Symbole an den Schulen

Bei der Frage nach dem Umgang mit religiösen Symbolen in der Schule wird der Konflikt zwischen verfassungsrechtlich gebotener Neutralität und Jahrtausende alter christlicher Tradition deutlich: Zwar spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für die gleiche Behandlung aller religiösen Symbole in den Schulen aus. Dabei plädieren etwa gleich viele für eine Zulassung (28 Prozent) wie für ein generelles Verbot (30 Prozent) christlicher und muslimischer Symbole. Demgegenüber votiert allerdings ein gutes Drittel der Deutschen (36 Prozent) für eine Bevorzugung von Kreuzifix und Mönchskutte, weil dies ihrer Meinung nach eindeutig religiöse Symbole sind, während das Kopftuch auch als politisches Symbol getragen werden kann.



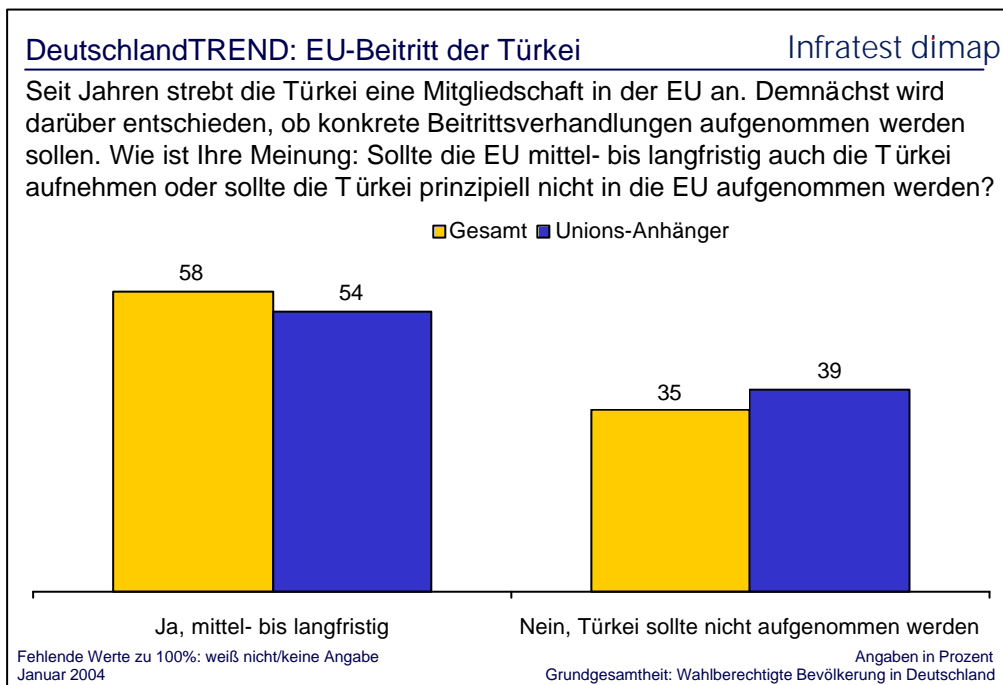
Die größtenteils konfessionslosen Ostdeutschen sprechen sich wesentlich stärker für eine generelle Gleichbehandlung aus als die Westdeutschen. Immerhin 42 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern sind für einen allgemeinen Verzicht auf religiöse Symbole in den Klassenzimmern.

Je jünger die Wahlberechtigten sind, desto eher setzen sie sich für eine gleiche Behandlung ein, während die Hälfte der älteren Befragten über 60 Jahren christlichen Symbolen den Vorrang einräumt.

Innerhalb der Parteilichengruppen sind – außer bei der Union – deutliche Mehrheiten für eine Gleichbehandlung. Die Unions-Anhänger sind in dieser Frage gespalten.

## Mehrheit für mittel- bis langfristigen EU-Beitritt der Türkei

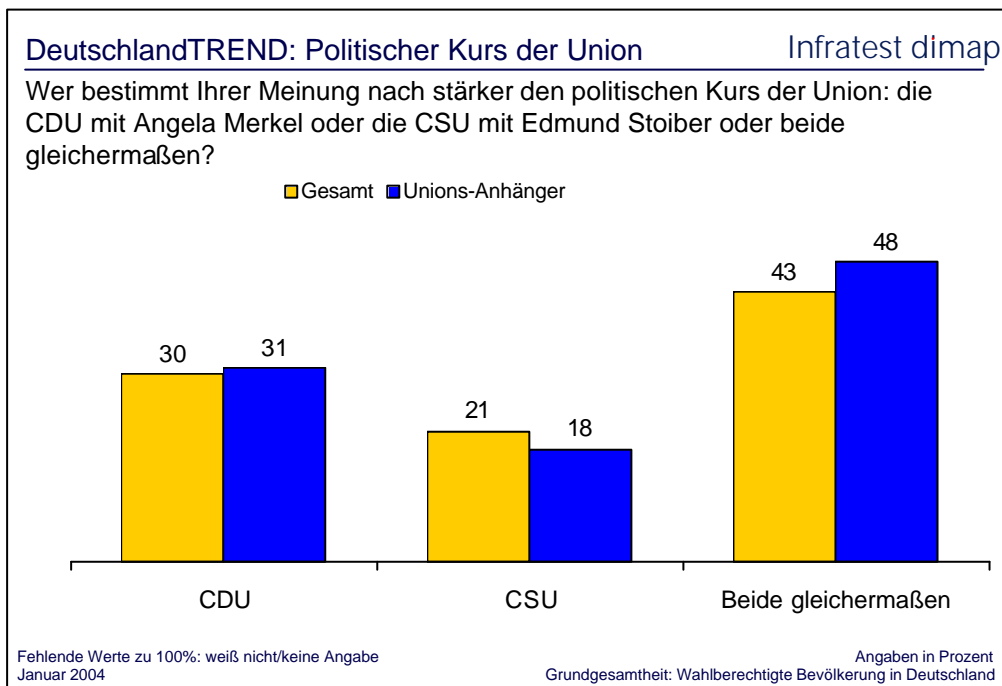
Die Haltung der Deutschen zu einem EU-Beitritt der Türkei könnte zu einem umstrittenen Thema im anstehenden Europawahlkampf werden. Die Union hat sich gerade gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausgesprochen und will dies im Wahlkampf thematisieren. Die Sozialdemokraten haben sich noch nicht endgültig positioniert, mit der Nominierung des türkischstämmigen Reiseunternehmens Vural Öger auf Platz 10 der Kandidatenliste jedoch ein positives Zeichen zugunsten der Türkei gesetzt. Die Deutschen sprechen sich mehrheitlich (58 Prozent) für eine mittel- bis langfristige Aufnahme der Türkei in die Europäische Union aus. Demgegenüber stimmt ein Drittel der Wähler (35 Prozent) aus prinzipiellen Gründen gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft.



Mit Ausnahme der Union sind die Anhänger aller Parteien zu rund zwei Dritteln für die Aufnahme. In der Unions-Anhängerschaft ist die Zustimmung dazu zwar weniger deutlich, aber auch hier spricht sich eine knappe Mehrheit für den EU-Beitritt der Türkei aus.

## Starker Einfluss der CSU auf den politischen Kurs der Union

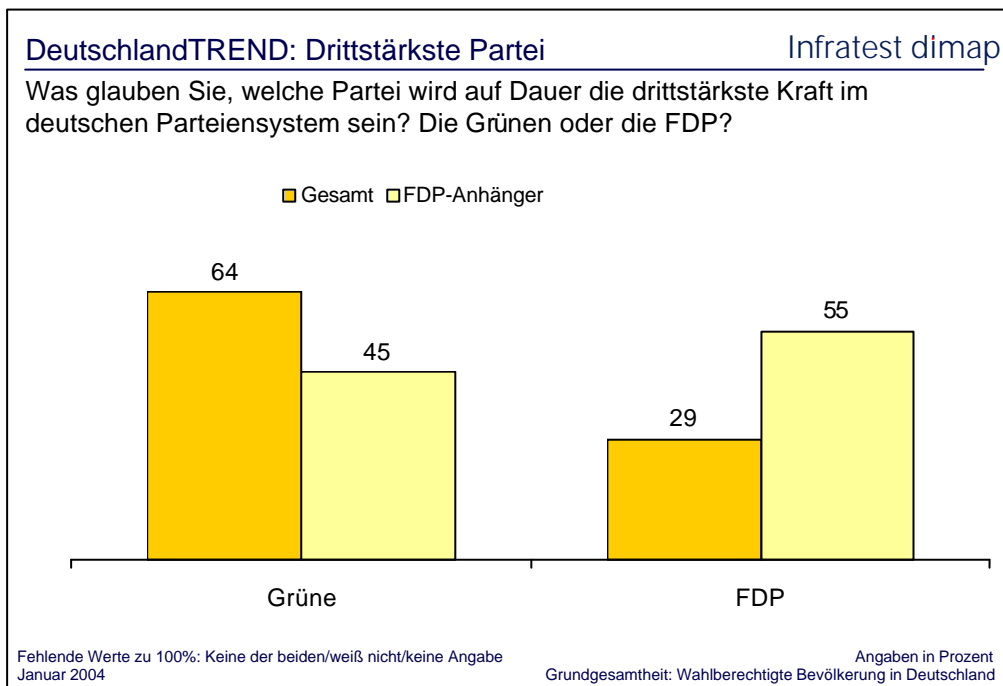
Die CSU spielt traditionellerweise durch ihre Position als starke Regionalpartei eine Sonderrolle innerhalb der Union. Seit der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers bei der letzten Bundestagswahl versuchen die Christsozialen sich noch stärker als selbstbewusste und eigenständige politische Kraft zu profilieren und dies gegenüber der Schwesterpartei zu betonen. Jüngere Beispiele hierfür sind die aktuelle Auseinandersetzung um das richtige Steuerkonzept sowie der Kompromiss bei der Gesundheitsreform, mit dem CSU-Gesundheitsexperten Horst Seehofer als Verhandlungsführer der Union. Diese Bestrebungen führen dazu, dass drei Fünftel der Deutschen der Meinung sind, die CSU habe in der Union mindestens den gleichen Einfluss wie die große Schwesterpartei. Ein Fünftel (21 Prozent) nimmt die Bayern im Vergleich zur CDU sogar als dominanter wahr. Für die deutlich kleinere Schwesterpartei sind dies beachtliche Werte. Demgegenüber glaubt knapp ein Drittel (30 Prozent), dass die Christdemokraten unter der Führung von Angela Merkel mehr zu sagen haben.



Auch von der Unions-Anhängerschaft wird den bayerischen Konservativen ein beachtliches Gewicht zugeschrieben: Zwei Drittel (66 Prozent) messen der CSU mindestens genauso viel Einfluss auf die Richtung der Union bei wie der Merkel-Partei. Knapp ein Drittel (31 Prozent) sieht eher eine Dominanz der deutlich mitgliedsstärkeren CDU.

**Bürger sehen Grüne auf Dauer als drittstärkste Kraft vor der FDP**

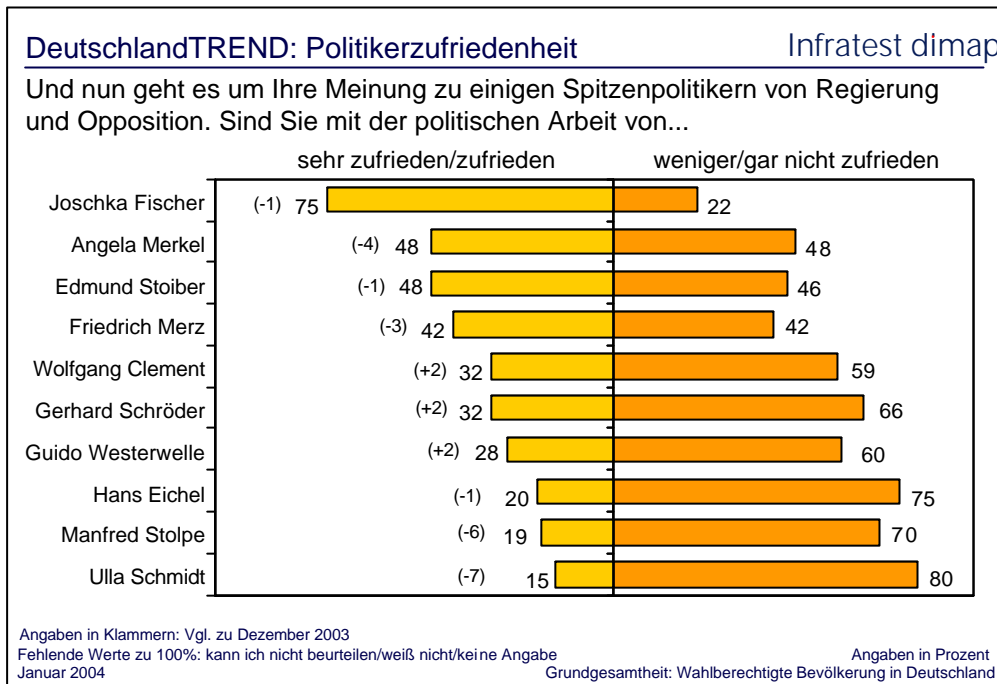
Seit dem verpassten Wahlziel bei der letzten Bundestagswahl verharret die FDP in einem Stimmungstal knapp über der 5-Prozent-Marke. Nachdem die beiden Volksparteien im Reformwetteifer um die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, der Sozial- und des Steuersystems auf der Überholspur an der FDP vorbeigezogen sind, tun sich die Liberalen zudem schwer mit einer inhaltlichen Profilierung. Ferner haben die Grünen mit den Bürgerrechten ein weiteres klassisch-liberales Thema für sich reklamiert. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der Bürger zweifelhaft, ob die FDP wieder drittstärkste Partei in Deutschland werden kann: Nur drei von zehn (29 Prozent) glauben, dass die Liberalen sich diesen Platz wieder von den Grünen zurück erobern können. Zwei Drittel der Wähler (64 Prozent) sind hingegen der Ansicht, dass die Öko-Partei auf Dauer die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem bleiben wird.



Auch in der FDP-Anhängerschaft herrscht in dieser Frage große Skepsis: knapp die Hälfte der eigenen Anhänger (45 Prozent) traut der eigenen Partei nicht zu, die Grünen wieder von Platz 3 verdrängen zu können.

**Fast unveränderte Rangfolge bei der Beliebtheit der Spitzenpolitiker**

Trotz einiger, zum Teil deutlicher Veränderungen in den Bewertungen der Spitzenpolitiker hat sich an der Rangfolge gegenüber dem Vormonat nur am Ende verändert. Sie wird weiterhin von Außenminister Joschka Fischer angeführt, der von 75 Prozent der Bürger (-1) gute Noten für seine Arbeit bekommt.

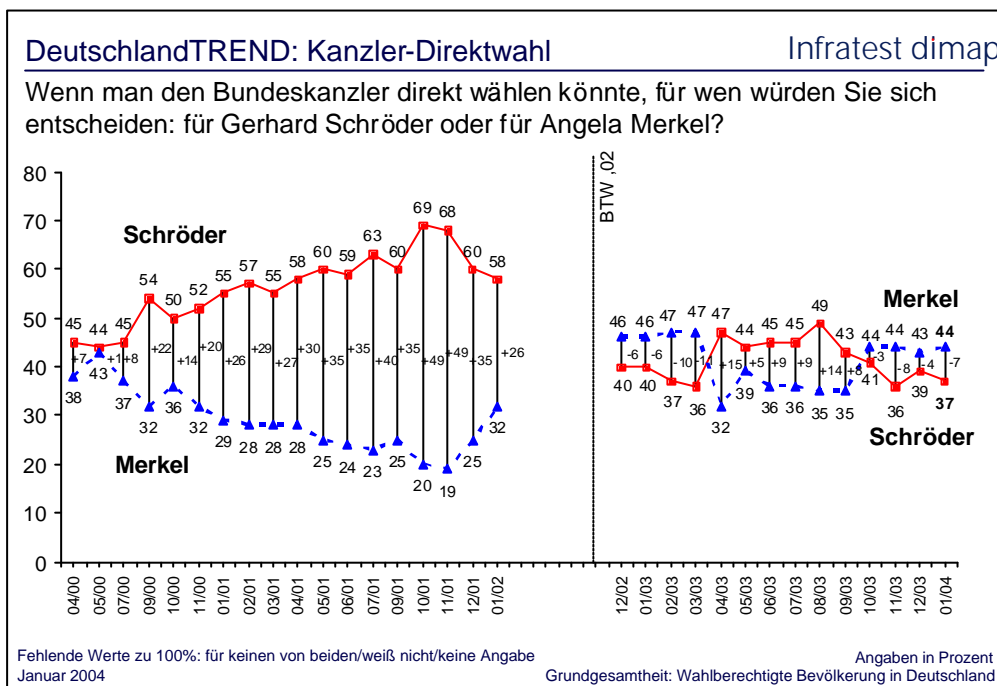


Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel büßte 4 Punkte ein, der bayerische Ministerpräsident fiel um 1 Punkt zurück, so dass sich die Chefs der beiden Unionsparteien mit jeweils 48 Prozent den zweiten Platz teilen. Trotz eines Verlustes von 3 Punkten kann der Steuerexperte der Unionsfraktion Friedrich Merz mit nunmehr 42 Prozent seinen Platz in der Popularitätsskala verteidigen. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement legen beide um 2 Punkte zu, rangieren aber mit 32 Prozent Zustimmung deutlich hinter den Unionspolitikern. Ebenfalls leicht verbessert hat sich das Ansehen des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, um 2 Punkte auf 28 Prozent wohlwollende Urteile.

Bei einem geringfügigen Minus von 1 Punkt erreicht Finanzminister Hans Eichel nunmehr 20 Prozent. Zwei Mitglieder des Bundeskabinetts ziehen derzeit weit mehr Kritik auf sich als zuvor. Die anhaltenden Probleme bei der Einführung der LKW-Maut ließen die Zustimmung zu Verkehrsminister Manfred Stolpe um 6 Punkte auf 19 Prozent schrumpfen. Die Reformen im Gesundheitswesen haben das Ansehen von Ulla Schmidt merklich beeinträchtigt; sie kommt auf nur noch 15 Prozent, ein Rückgang um 7 Punkte gegenüber dem Dezember, und belegt damit den letzten Platz. Für beide Politiker sind damit die ungünstigsten Werte zu verzeichnen, die bisher gemessen wurden.

**Kanzleralternative: Angela Merkel und Edmund Stoiber weiter vor Gerhard Schröder**

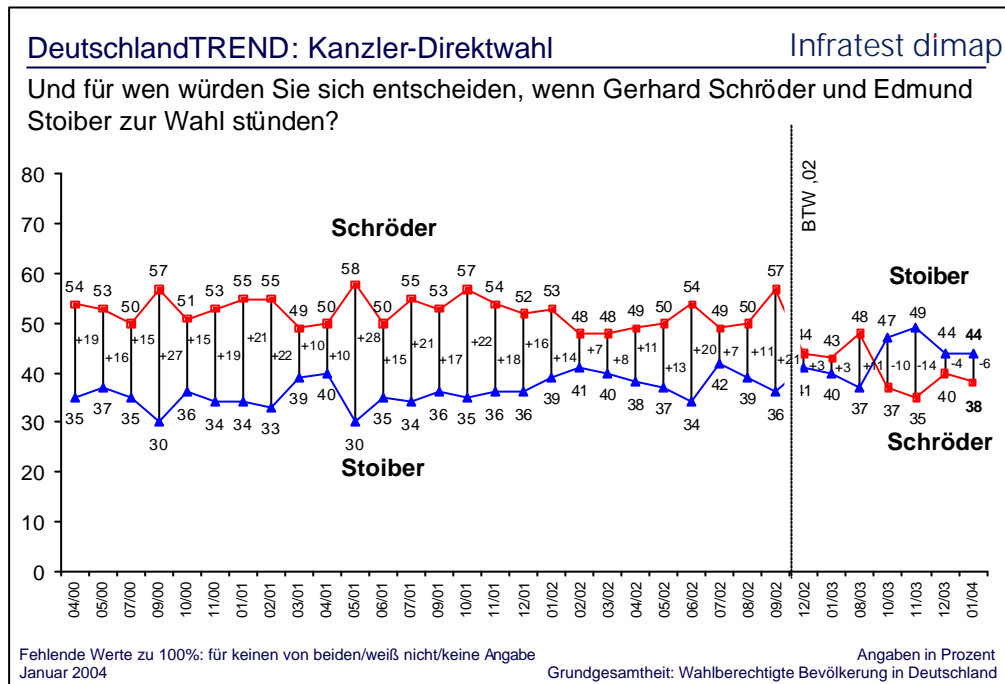
Würden Gerhard Schröder und Angela Merkel bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers gegeneinander antreten, ginge die Abstimmung zu Gunsten der CDU-Chefin aus, auf die 44 Prozent der Stimmen entfielen. Der Amtsinhaber könnte 37 Prozent der Wähler hinter sich bringen. Im Vergleich zum Dezember verliert Gerhard Schröder 2 Punkte, Angela Merkel legt um 1 Punkt zu. Der Vorsprung der Herausforderin hat sich damit von 4 auf jetzt 7 Punkte vergrößert.



Merklich weniger Rückhalt als zuvor erhält der amtierende Kanzler in den Anhängerschaften der Koalitionsparteien. Im Lager der SPD beträgt der Rückgang gegenüber dem Dezember 4 Punkte, bei den Wählern der Grünen sind es 6 Punkte.

## Infratest dimap

Geht es um die Alternative Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, dann hätte der Amtsinhaber mit 38 Prozent der Stimmen ebenfalls das Nachsehen gegenüber seinem Kontrahenten, der auf 44 Prozent käme. Durch einen Verlust von zwei Punkten für Gerhard Schröder im Vergleich zum Vormonat und einem konstanten Wähleranteil für den CSU-Vorsitzenden hat sich auch hier der Vorsprung für den Herausforderer leicht erhöht, von 4 auf jetzt 6 Punkte.



Die beiden Unionspolitiker konnten in den letzten Wochen im eigenen Lager um jeweils 4 Punkte an Vertrauen zulegen, so dass sie mit 79 Prozent für Angela Merkel und 80 Prozent für Edmund Stoiber in der Gunst der CDU/CSU-Wählerschaft praktisch gleichauf liegen.